Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureaus In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 284.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 22. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 21. April. Der Kaiser hat den bisherigen Staatsanwalt Hildebrand zum kaiserlichen Regierungsrath in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen ernannt. Derselbe ist zum ständigen Hilfsarbeiter im Ministerium für Elsaß-Lothringen ernannt worden.

Der König hat den Landgerichts-Präsidenten Günther zu Lissa in gleicher Eigenschaft an das Landgericht in Naumburg a. S. versetzt, den Landgerichtsdirektor Werner in Naumburg a. S. zum Landgerichts-Präsidenten und den Gerichtsassessor Zenker in Prenzlau und den Gerichtsassessor Schultze in Beuthen O. S. zu Amtsrichtern ernannt.

Der Rechtsanwalt Dr. Wehner zu Landeck i. S. ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Landeck, und der Rechtsanwalt Sondag in Barmen zum Notar für den Amtsgerichtsbezirk Elberfeld mit Anweisung seines Wohnsitzes in Elberfeld ernannt worden.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung.

Berlin, 21. April. 11 Uhr. Am Ministertische Maybach, Lucius, v. Puttkamer und Kommissarien.

Die zweite Berathung des Gesetz-Entwurfs betreffend die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Eisenbahnnetzes wird fortgesetzt. Zunächst ist von den Sekundärbahnen zu erledigen die Bahn von Ahrweiler nach Adenau, für welche die Regierung 3,500,000 M. gefordert hat, während die Kommission 3,560,000 M. zu bewilligen beantragt.

Referent v. Grand-Ry motivirt die Erhöhung der geforderten Summe damit, daß die fraglichen Kreise sich in äußerst ungünstiger Lage befinden, daß sie bis 600 Prozent der Grund- und Gebäudesteuer als Kommunalsteuer erheben und darum nicht in der Lage seien für die Beschaffung des Grund und Bodens für die neue Bahn besondere Opfer zu bringen. Referent bittet schließlich den Minister die Fortführung der Bahn über Adenau hinaus baldmöglichst in Aussicht zu nehmen.

Abg. Bachem schließt sich diesen Ausführungen an.

Abg. Wehr kündigt für die dritte Lesung einen Antrag an, den Betrag für die Bahn Hohenstein-Berent ebenfalls zu erhöhen. Der Kreis Berent, welcher zu einer bedeutenden Leistung für die Grunderwerbskosten herangezogen werden soll, würde dadurch in eine sehr bedrängte Lage kommen. Es scheine fast so, als ob den Kreisen, welche sich bei den Vorverhandlungen den Anforderungen des Ministers anbequemt hätten, aus dieser Gefügigkeit ein Schaden erwachsen solle, während diejenigen Kreise, welche sich sträubten und mit Petitionen an das Haus kämen, von der Butgetkommission bedeutende Zugeständnisse erhielten.

Abg. Hammacher bemerkt, daß die Kommission sich lediglich durch sachliche Gründe habe leiten lassen.

Abg. Berger: Die bisherige Art der Vertheilung der Grunderwerbskosten taugt überhaupt nichts. Am besten wäre es, wenn die Regierung den Grund und Boden zunächst für Rechnung der betr. Kreise und Kommunen kaufte und sich für ihre Auslagen dadurch bezahlt machte, daß sie auf den Güterverkehr des betr. Bahnhofs eine Abgabe legte, bis ihr Vorschuß gedeckt ist. Damit würden dann auch die Streitigkeiten über zu hohe Belastung der Gemeinden ein Ende nehmen. Bei Menden und Lüdenscheid in Westfalen ist dieses Prinzip mit Erfolg angewendet worden.

Auch diese Nummer wird genehmigt.

In der Vorlage werden ferner verlangt zur Anlage zweiter Geleise insgesammt 16,930,000 M. und zwar auf den Strecken 1) Greiffenberg-Hirschberg 1,500,000 M., 2) Schönebeck-Güsten 1,700,000 M., 3) Nienhagen-Halberstadt 1,300,000 M., 4) GöttingenSontra 2,000,000 M., 5) Wetzlar-Löhnberg 900,000 M., 6) Braubach-St. Goarshausen und Lorch-Rüdesheim 1,350,000 M., 7) Wanne-Bohmte 4,500,000 M., 8) Bingerbrück-Neunkirchen 3,750,000 M.

Zu Nr. 1 bittet Abg. Otto den Minister auf die Anlegung eines zweiten Geleises von Hirschberg nach Schoenau Bedacht zu nehmen.

Bei Nr. 7 bittet Abg. von Heereman um die Erbauung eines neuen Bahnhofs in Münster; der bisherige Bahnhof passe kaum für ein Dorf mit 500 Einwohnern.

Abg. Hammacher: Dieser Wunsch ist durchaus gerechtfertigt. Es giebt aber noch eine Reihe anderer Bahnhöfe, namentlich auf den verstaatlichten Bahnen, welche ebenfalls eines Umbaus bedürfen. Diese Bauten würden die Rentabilität der verstaatlichten Bahnen gar sehr erschüttern.

Abg. Grumbrecht bittet den Minister den seit langer Zeit projektirten Bau eines Zentral-Bahnhofes in Harburg nun endlich veranlassen zu wollen.

Sämmtliche Nummern werden unbeanstandet genehmigt.

Des Weiteren werden 48,450,000 Mk für Bahnhofsbauten und sonstige Bauausführungen verlangt und zwar 1. für Bahnhofsanlagen in Duisburg 1,700,000 Mk., 2. in Düsseldorf 14,000,000 Mk., 3. in Köln 22,500,000 Mk., 4. in Bonn 750,000 Mk., 5. in Koblenz 2,000,000 Mk., 6. in Trier 500,000 Mk., 7. zur besseren Verbindung der Gruben- und Hüttenanschlüsse im rheinisch-westfälischen Industriebezirke 4,000,000 Mk. und 8. für die Erweiterung und bessere Ausrüstung der Reparaturwerkstätten und Lokomotivschuppen 3,000,000 M.

Die Kommission hat die Positionen 3 und 5 gestrichen, die Position 7 von 4 auf 3 Millionen Mark reduzirt.

Außerdem beantragt die Kommission ad 3 (Köln): die Staatsregierung aufzufordern, mit der Stadt Köln wegen deren Theilnahme an den Kosten der Verlegung des Kölner Güterbahnhofes und der Durchgangsgeleise an die Festungsenceinte in Verhandlung zu treten, und dem Landtage in dessen nächster Sitzung mit dem Bericht über das Resultat dieser Verhandlungen auch die Pläne und Kostenanschläge über die von der Stadt Köln gewünschten Bahnhofsanlagen und die damit zusammenhängenden Aenderungen der Eisenbahnanlagen bei Köln vorzulegen.

Es liegen zwei Anträge vor: 1) vom Abg. Berger: Unter Ablehnung des Antrages der Kommission die Regierungsvorlage: „Für die Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Köln die Summe von 22,500,000 M. wiederherzustellen und am Schlusse des § 1 folgendes neue Alinea hinzuzufügen: Für die Ausführung der vorstehend unter Nr. 3 vorgesehenen Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Köln ist ein neuer Plan festzustellen, durch welchen, unter Beibehaltung des jetzigen Zentralbahnhofes von den den Dom umgebenden Straßen und Plätzen keine größere Grundfläche als seither in Anspruch genommen wird. Außerdem sind der derzeitige Güterbahnhof und die Durchgangsgeleise an die zukünftige Umwallung zu verlegen und ist für den Personenverkehr in der Neustadt geeignete Vorsorge zu treffen."

2) vom Abg. Röckerath: Unter Ablehnung des Kommissionsantrages die Regierungsvorlage in folgender Fassung wiederherzustellen: Für Erhöhung und Umbau des gegenwärtigen Kölner Zentral-Personenbahnhofes am Dom, Herstellung angemessener Bahnhofsanlagen für den Personenverkehr in der Neustadt Köln, Beseitigung der Niveau-Uebergänge innerhalb der neuen Umwallung von Köln, sowie für Verlegung der dortigen Güter- und Rangirbahnhöfe die Summe von 22,500,000 M.

Zu Nr. 2 bemerkt Abg. Biesenbach: Die Bevölkerung von Düsseldorf hat der Vorlage zugestimmt, obgleich durch dieselbe mancherlei berechtigte Interessen geschädigt werden. Sie hofft, daß als Kompensation für ihre Zugeständnisse der Bahnhof so gebaut werde, daß mit Hilfe einer Straßenunterführung Verkehrsstörungen, wie sie jetzt vielfach vorkommen, vermieden werden.

Zu Nr. 3 ist Referent der Abg. Büchtemann. Die Kommission hat sich davon überzeugt, daß es sich hier um sehr schwierige lokale Verhältnisse handelt und daß namentlich durch die Verlegung des Zentralbahnhofes in die Neustadt, gegen welchen sich in Köln ein lebhafter Widerspruch erhoben hat, die Personenverkehrsinteressen Kölns bedeutend geschädigt werden würden. Sie empfiehlt daher den oben mitgetheilten Antrag.

Die Abgg. Bachem und Reichensperger (Köln), welche den Antrag Berger mit unterschrieben haben, ziehen ihre Unterschrift zurück.

Abg. Röckerath: Mein Antrag, der von sämmtlichen in Köln wohnenden Mitgliedern dieses Hauses unterzeichnet ist, ist von der Kölner Stadterweiterungsdeputation sehr eingehend diskutirt und einstimmig gebilligt worden. Auch das Gros der Kölner Bürgerschaft, ist mit demselben einverstanden. Was ich will, ist auch von der Regierung für diskutabel erklärt worden, sie ist auch bereit, alles Mögliche, was Köln will, zu machen, aber die Kölner sollen es bezahlen. Dies ist aber unmöglich. Köln hat für diese Bahn bereits sehr schwere Opfer gebracht. Nur dadurch, daß es das Risiko der Stadterweiterung, welche 5 Millionen kostete, übernommen, ist diese Anlage überhaupt möglich geworden. Der Vorschlag der Regierung läuft aber den Verkehrsinteressen Kölns zuwider. Der Ausbau des Zentralbahnhofs am Dom genügt nicht, der Personen- und Güterverkehr erheischt noch mehrere Stellen. Wollte man den Zentralbahnhof am Dom der Frequenz entsprechend weiter ausbauen, so müßte man den Dom abbrechen, um Platz zu schaffen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Dies würde auch mehr als 22½ Millionen kosten, während mein Vorschlag zu demselben oder zu einem noch geringeren Preise, aber mit besserem Effekt, ausgeführt werden könnte.

Abg. Berger zieht seinen Antrag zu Gunsten des Antrags Röckerath zurück. Betreffs der Bahnhofsanlagen in Köln sind eine Menge Mißverständnisse entstanden. Einerseits glaubte die Regierung, die Kölner wünschten zwei Zentralbahnhöfe, andererseits meinten wieder die Bewohner der Neustadt, die Altstädter mißgönnten ihnen den Besitz einer Bahnhofsanlage. Beides ist jedoch unrichtig. Ueberaus nothwendig wäre aber der Bau einer zweiten Rhein-Brücke, die durchaus nicht so theuer zu stehen käme, als man vielleicht glaubt. Die jetzige Brücke hat allerdings seiner Zeit 4 Millionen Thaler gekostet, man würde sie aber gegenwärtig für ebensoviel Mark herstellen können. Wenn die zweite Brücke errichtet würde, dann könnten die verstaatlichten Bahnen den gesammten Güterverkehr und einen Theil des Personenverkehrs, nämlich den Transitverkehr, in die Hand bekommen. Der Antrag Röckerath beabsichtigt nicht, an dem gegenwärtigen Zustand etwas zu ändern. Niemand will den Zentralbahnhof von seiner jetzigen Stelle entfernen, aber wir wollen doch der Zukunft Rechnung tragen. Köln wird in 20 Jahren voraussichtlich eine Bevölkerung von 300,000 Seelen haben. (Abg. Windthorst: Gott behüte!) Köln ist in seinem Wachsthum durch die Festungswerke gewaltsam zurückgehalten worden, es würde daher die von mir angegebene Vermehrung der Einwohner keineswegs eine ungesunde Entwickelung sein. Unser Hauptinteresse bei dem Projekt liegt aber an dem Dom, den wir in keiner Weise benachtheiligen, sondern ihn in seiner Umgebung in möglichstem Glanze erscheinen lassen wollen. Eine Konsequenz des Regierungsprojekts wäre jedoch in der That die, daß der Dom dadurch leiden müßte. Möge daher die Regierung den gegenwärtigen Umbauplan in geeigneter Weise modifiziren. Ebenso wäre zu wünschen, daß sowohl der Westbahnhof, als auch der Bahnhof am Pantaleon wieder in Betrieb gesetzt würde. Es wären für ein so großes Gemeinwesen, wie Köln, drei Bahnhöfe keineswegs zu viel. Die Annahme des Antrages Röckerath ist dringend zu empfehlen.

Minister Maybach: Ich könnte mit dem Abg. Berger eisenbahntechnisch der Ansicht sein, daß eine zweite Brücke in Köln erwünscht wäre, ich könnte sogar soweit gehen, die alte Brücke ganz im Stich zu lassen, eine neue zu bauen und im neuen Stadttheil einen ausreichenden Zentralbahnhof anzulegen. Das wäre aber nicht im Interesse der Stadt Köln und nicht in dem des Verkehrs. Ueber die Nothwendigkeit, die jetzigen Zustände zu ändern, wird von Niemandem gezweifelt. Die Frage ist nur, wie dem Bedürfnisse entsprochen werden soll? Seit Jahren wird darüber verhandelt. Die Kostenfrage ist jetzt in gewisser Beziehung erleichtert, doch die Frage nach der Art der Ausführung nach wie vor schwierig. Die Regierung hat sich bei Uebernahme der Rheinischen und der Köln-Mindener Bahn ein Projekt aufgestellt, wie es im Anschluß an die jetzigen Verhältnisse in Köln das geeignetste zu sein schien. Wir haben richtig darin gehandelt, daß wir uns an den gegenwärtigen Zustand gebunden haben. Der Dom wird für den Verkehr der Stadt von Außen wie von Innen immer ein Anziehungspunkt bleiben. Während der Verhandlungen dieses Hauses haben die technischen Behörden von Köln die Angelegenheit noch näher als früher erörtert und haben Vorschläge gemacht, wie noch besser abzuhelfen wäre. Der Wunsch der Stadt Köln scheint in der That auf zwei Zentralbahnhöfe gerichtet zu sein, doch ist das nicht angängig. Die Kommission, die sich anfänglich unserem Projekte zuneigte, ist durch die Aeußerungen der Stadt Köln wankend geworden und glaubt, daß die Sache noch nicht reif ist. Das ist durchaus korrekt. Ein Beschluß nach dem Antrage des Abg. Röckerath wäre für die Regierung nicht brauchbar. Er würde der Regierung einen Kredit gewähren für eine Anlage, deren Kosten und Art der Ausführung wir gar nicht kennen. Wir würden genöthigt sein, neue Projekte aufzustellen und uns zu fragen, ob wir mit den 22½ Millionen die ganze Sache machen können. Wenn das nicht der Fall ist, dann werden wir uns hüten, den Bau der Anlagen zu beginnen und müßten zuvor an das Haus neue Forderungen stellen. Wir wollen uns bemühen, ein Projekt zu finden, welches den Wünschen der Stadt Köln ohne zu große Belastung der Staatskasse gerecht wird. Aber wir können uns nicht in Unternehmungen einlassen, deren Tragweite wir nicht übersehen können. Der Bau einer zweiten Brücke ist eine Frage der Zukunft. Das Projekt der Regierung ist aber auf die Gegenwart und das Absehbare berechnet. Ich will nach alledem nicht widersprechen, wenn Sie dem Beschlusse Ihrer Kommission beitreten wollen, aber den Antrag Röckerath bitte ich abzulehnen.

Abg. Reichensperger: Trotz der Aeußerungen des Herrn Ministers habe ich noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, daß Sie unserem Antrag zustimmen werden, da keine ernstlichen Bedenken gegen denselben erhoben sind. Auch der Minister erklärt ihn nicht für schlechthin unannehmbar. Er sagt nur, daß er nicht brauchbar sei. Indessen sind die Gründe, die hierfür vorgebracht sind, von so allgemeiner Natur, daß wir mit denselben alle die Beschlüsse, die hier gefaßt sind, vernichten könnten. Vergegenwärtigen wir uns doch auch, daß die Stadt Köln eine preußische Stadt ist, daß sie im Inland liegt und ihre Interessen mit denen des Staates nicht im Widerspruch stehen, da ist es wohl nicht gerechtfertigt, die Sache zu verzögern, in der Hoffnung, daß man der Stadt weitere Zugeständnisse abzwacken könne. Es entspricht ein solches Verhalten auch nur wenig den Aeußerungen, die wir immer gehört, daß die Gemeinden überlastet seien und an ihre Entlastung gedacht werden müsse. Gerade bei Köln wäre eine Entlastung sehr indizirt, und ich bitte darum, daß die Regierung, falls unser Antrag abgelehnt wird, nicht suche möglichst viel vom Staate auf die Stadt abzuwälzen. Für alle Kenner hat der Abg. Röckerath die in Köln obwaltenden Verhältnisse in so klarer Weise dargestellt, daß ich mich jeder weiteren Auslassung enthalten kann. Die Stadt Köln hat schon 12,000,000 aufwenden müssen, um früheres Eigenthum an sich zu bringen, obschon die Rechtsfrage eine offene ist, ob die Stadt nicht eine unentgeltliche Ueberlassung des Terrains, das vormals zu Befestigungswerken verwendet worden, beanspruchen kann. Sie hat ferner indem sie als Bollwerk gegen das Ausland diente, die Staatsinteressen in höchster Weise wahrgenommen. Köln darf daher wohl mit Recht soviel Schonung als möglich beanspruchen. Stände mir persönlich eine Entscheidung zu, so würde ich stehen bleiben bei dem Beschluß der Stadtverordneten, so wie er vom Abg. Röckerath interpretirt worden ist. Der Zentralbahnhof soll bleiben, da sich alle Verhältnisse nach demselben gestaltet haben. Das schließt aber nicht aus, daß in der Peripherie der Stadt, ebenso wie es in anderen Städten geschehen ist, Sukkursalbahnhöfe geschaffen werden. Ein Grund, der mich bewogen hat, auf Seiten des Stadtverordneten-Beschlusses zu treten, beruht auf dem Verhältniß des Bahnhofsprojektes zum Dom. Denn würde dasselbe ausgeführt, so würde der Dom den Bahnhofs-Anlagen gegenüber sich wie ein Wartesaal dritter oder vierter Klasse ausnehmen. Ich bemerke indessen, daß der Minister nach dieser Richtung hin Erklärungen abgegeben hat, die beruhigen können. Redner geht nun näher auf den Antrag Röckerath ein. Derselbe ist formulirt nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung. Zu ernsten Bedenken kann er also nicht Veranlassung geben. Eine Hinausschiebung, wie der Minister sie angedeutet, wird aber nur eine Vertheuerung der Grundstücke, deren man benöthigt, zur Folge haben. Denn erfahrungsmäßig steigern sich die Ansprüche der Besitzer von Jahr zu Jahr. Ich hätte darum gar nicht gezweifelt, daß der Minister dem Antrag zustimmen würde, wenn er nicht vorhergesprochen hätte. (Heiterkeit.)

Ein Kommissar der Regierung: Der Abg. Berger hat darauf hingewiesen, daß die Verbreiterung der Bahn 80 Meter ausmache und dadurch der Dom beeinträchtigt werde. Aber die Verbreiterung wird nach der Domseite hin nur 20 Meter betragen. Sodann ist noch bemerkt worden, daß man auch durch die Herstellung des Empfangsgebäudes dem Dom zu nahe tritt. Der Dombaumeister, der zu Rathe gezogen wurde, bemerkte indessen, daß der Dom durch die neue Bahnhofsanlage nichts verlieren werde.

Abg. von Minnigerode wünscht erst genau festgestellt zu wissen, wieviel die Stadt Köln zu den Anlagen zu kontribuiren hat. Vorher eine Entscheidung zu treffen, empfiehlt sich aus finanztechnischen Gründen nicht.

Abg. Bachem: Da sich nur ein Redner gegen den Antrag Röckerath gewendet hat, so darf ich daraus wohl schließen, daß das Haus demselben zustimmen wird. Die Angelegenheit hinauszuschieben, würde nicht ungefährlich sein.

Der Antrag Röckerath wird hierauf abgelehnt, dagegen der Antrag der Budgetkommission angenommen.

Die Ausgaben für die Bahnhöfe in Bonn und Trier werden genehmigt, die für den Bahnhof in Koblenz dem Antrage der Budgetkommission gemäß abgelehnt; genehmigt werden ebenfalls 3,000,000 Mk. für die Verbesserung der Hütten- und Grubenanschlüsse im rheinisch-westfälischen Bezirke, sowie 3,000,000 M. für Erweiterung der Reparaturwerkstätten und Lokomotivschuppen; ferner 11,000,000 M. zur Vermehrung der Betriebsmittel und 300,000 M. zur Deckung der Mehrkosten der Bebra-Friedländer Eisenbahn.

Die §§ 2—4, welche Bestimmungen über die Aufnahme der Anleihe ꝛc. enthalten, werden ohne Debatte genehmigt.

Abg. Büchtemann schlägt folgenden neuen § 5 vor: Die der Staatsregierung in § 1 dieses Gesetzes eröffneten Kredite erlöschen mit dem Ablauf des zweiten Kalenderjahres, welches der Betriebseröffnung der einzelnen, § 1 bezeichneten Eisenbahnen, beziehungsweise Bahnhöfe und zweiten Geleise folgt.

Der Antragsteller führt aus, daß dieser Paragraph eigentlich in ein Komptabilitätsgesetz gehöre; da aber gerade in der Eisenbahnverwaltung die meisten Mißstände dieser Art vorgekommen seien, empfehle es sich wohl, den Antrag hier anzunehmen.

Abg. Hahn meint dagegen, daß man diese prinzipielle Frage nicht bei einem Spezialgesetz erledigen könne; zudem lasse sich gar nicht sagen, wann denn der Betrieb auf einer Bahn eröffnet sei; oft befahre man dieselbe, ehe noch die Hochbauten, namentlich die Bahnhofsanlagen, fertig seien. Das liege im Interesse der betreffenden Landestheile. Solle etwa die Eisenbahnverwaltung mit der Betriebseröffnung so lange warten, bis Alles fertig gestellt sei, nur damit der Kredit nicht erlösche?

Abg. Richter: Wenn der Vorredner nur eine Ahnung von der Schwierigkeit der Rechnungsprüfung hätte, dann würde er dem Antrage nicht widersprechen. Von den Anleihen stellt sich die Regierung

hin und wieder ein Töpfchen zurück, aus dem sie dann Bauten bestreitet, die erst nach 10 oder 15 Jahren sich als nothwendig herausstellen; dann soll man prüfen, ob der Bau noch innerhalb der bewilligten Anleihe liegt. Grade bei der Eisenbahnverwaltung hat sich dieser Mißbrauch herausgebildet. Wenn wir das Komptabilitätsgesetz nicht bekommen, dann müssen wir die Frage bei einem einzelnen Ressort zu regeln suchen.

Ministerialdirektor Schneider bezeichnet den Antrag Büchtemann als nicht verständlich; was solle man unter der Betriebseröffnung eines Bahnhofes verstehen? In dem gegenwärtigen Gesetze handle es sich nicht um neue Bahnhöfe, sondern um den Umbau der alten; der Umbau erfolge während des Betriebes; eine Betriebseröffnung finde also nicht statt. Bei den Eisenbahnen lasse sich ein solcher Zeitpunkt allerdings feststellen, aber dann sei der ganze Bau gewöhnlich noch nicht vollendet.

Abg. v. Benda ist mit dem Inhalt des Antrages prinzipiell einverstanden, glaubt aber, daß diese Frage nicht hier, sondern beim Komptabilitätsgesetz zu erledigen sei.

Abg. Richter: Das Gesetz kommt aber nicht, deshalb müssen wir uns hier anders helfen. Redner führt aus dem Berichte über die Bauausführungen an, daß in letzter Zeit von Krediten, die vor 20 und 15 Jahren bewilligt seien, noch Ausgaben gemacht seien.

Das Haus lehnt den Antrag Büchtemann gegen die Stimmen des Fortschritts, der Sezession, eines Theiles der Nationalliberalen und des Zentrums ab.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Abg. Lauenstein bittet den Präsidenten, die Kreisordnung für Hannover so zeitig auf die Tagesordnung zu setzen, daß ihre Erledigung noch in dieser Session möglich wird.

Abg. Windthorst: Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Kreisordnung für Hannover so zu behandeln, daß es nicht mehr möglich ist, sie zu erledigen. Die Zeit dazu ist nicht vorhanden. (Ruf: Nach dem Reichstage!) Ein Nebeneinandertagen von Reichs- und Landtag ist nicht angängig: denn der Reichstag hat Lebensfragen des Reiches zu erledigen. Wie sollte es denn auch möglich sein, dieses Gesetz noch im Herrenhause zu erledigen?

Minister von Puttkamer: Die Regierung legt auf die Erledigung dieser Vorlage einen hohen Werth und hat einen begründeten Anspruch darauf, diese rechtzeitig eingebrachte Vorlage sachgemäß erledigt zu sehen. Ich kann mich daher dem Wunsche des Abg. Lauenstein nur anschließen.

Abg. Richter: Der Minister hätte darauf hinwirken sollen, daß der Reichstag nicht am 27. April zusammenkommt; so kann der Reichstag nicht schnell genug sein ablehnendes Votum über das Tabaksmonopol abgeben. Ein Zusammentagen von Reichs- und Landtag ist nicht möglich; wir müßten sonst im Reichstage den Antrag stellen, daß derselbe sich so lange vertagt, bis der preußische Landtag geschlossen ist. Ein so wichtiges Gesetz, in welchem über die Ausübung der Lokalpolizei eine wichtige Entscheidung getroffen werden soll, kann nicht über das Knie gebrochen werden.

Abg. Rickert: Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, mit der Regierung in Verbindung zu treten über die Frage, welche Vorlagen noch erledigt werden sollen. Gewiß hat die Regierung einen Anspruch auf Erledigung ihrer Vorlage; allein es wäre eine Rücksichtslosigkeit gegen die Reichsregierung und die Reichsvertretung, wenn neben dem Reichstage noch ein Einzellandtag sitzen wollte. Wenn die Regierung ein so großes Interesse an der Vorlage habe, dann könnte ja der Landtag nach dem Reichstage im Juli nochmals zusammenberufen werden. (Widerspruch.)

Minister v. Puttkamer: Ich werde den Vorschlag, den Landtag im Juli zu versammeln, meinen Kollegen unterbreiten. Den Wunsch, die Kreisordnung zu berathen, muß ich aufrecht erhalten. Die Ausdehnung der Berathung wird keine allzugroße sein.

Abg. Windthorst: Die Berufung des Reichstages hätte ruhig unterbleiben können. Wozu sollen wir übrigens ein Gesetz auf Lager arbeiten, welches erst in Kraft tritt, wenn verschiedene andere Gesetze eingeführt sind, die noch länger dauern, als mancher in amtlicher Stellung sein wird? Was das Vertagen bis zum Juli angeht, so wird es den Ministern dann wohl selbst zu warm sein.

Abg. v. Minnigerode: Ein längeres Zusammentagen des Landtages mit dem Reichstage ist ausgeschlossen. Was die Kreisordnung für Hannover angeht, so wird bei der Feststellung der Tagesordnung die Mehrheit des Hauses zu entscheiden haben, ob sie berathen werden soll oder nicht.

Abg. Richter: Ich bin mit dem Vorredner so einverstanden, daß ich auf das Wort verzichte. (Große Heiterkeit.)

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Westfälische Landgüter-Ordnung, lauenburgische Kommunalvertretung.)

Politische Uebersicht.

Posen, 22. April.

Die kirchenpolitische Kommission des Herrenhauses hat heute den Bischofsparagraphen des Kirchengesetzentwurfs unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der vom Abgeordnetenhause festgestellten Fassung angenommen. Die „Germania" ist hinsichtlich der Stellung ihrer Partei zu den im Herrenhause in Aussicht stehenden Abänderungeu an dem Kompromiß sehr zurückhaltend. Ein unüberwindlicher Widerspruch gegen die Abänderungen, die vom Kultusminister befürwortet wurden und alle Aussicht haben durchzudringen, scheint beim Zentrum nicht zu bestehen. Wunderbar ist es nur, daß die Regierung, wenn sie gegen das Kompromiß nur verhältnißmäßig so bescheidene Bedenken hatte, nicht schon bei den Verhandlungen im Abgeordnetenhause auf diesen Abänderungen bestand, sondern den viel umständlicheren und zeitraubenden Weg der Amendirung durch das Herrenhaus vorzog. Man wird daraus folgern dürfen, daß erst in neuester Zeit der Entschluß gereift ist, auf den Boden des Kompromisses zu treten, daß man für die definitiven Entschließungen Zeit gewinnen wollte und wohl auch jetzt noch Zeit gewinnen will.

Im Herrenhause besteht, wie man hört, die Absicht, erst in den ersten Maitagen die Plenarsitzungen wieder aufzunehmen. Die vom Herrenhaus ausgehende Verzögerung des Abschlusses der Landtagsarbeiten ist sehr zu beklagen.

Die Vorberathung über das Tabaksmonopol ist vom Bundesrathe den drei Ausschüssen für Handel und Verkehr, für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen übertragen worden. Jeder dieser Ausschüsse besteht aus sieben Mitgliedern, so daß im Ganzen 21 Stimmen abgegeben werden. In den Ausschüssen vertreten sind Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Braunschweig, Großherzogthum Sachsen und Hamburg; davon stimmen Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg, weil dieselben den drei Ausschüssen angehören, mit je 3 Stimmen, Baden, Braunschweig, Hessen und Großherzogthum Sachsen mit je 2 Simmen und Hamburg mit einer. Entschieden gegen das Monopol sind nur Sachsen, Baden und Hamburg, also 6 Stimmen, für dasselbe Preußen, Württemberg, Großherzogthum Sachsen und ohne Zweifel auch Braunschweig, also 10 Stimmen. Die Entscheidung liegt also, wie die „Weser-Ztg." hervorhebt, bei den 5 Stimmen von Bayern und Hessen, welche die Ablehnung des Monopols, in den Ausschüssen natürlich nur mit 11 gegen 10 Stimmen herbeiführen könnten. Stimmt auch nur Bayern für das Monopol, so ist demselben eine Majorität von 11 Stimmen gesichert, selbst wenn Braunschweig sich den Gegnern des Monopols anschließen sollte. Immerhin ist das Stimmenverhältniß der Art, daß Bayern und Hessen in der Berathung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs es in der Hand haben, die monopolfreundlichen Regierungen mit Hilfe der entschiedenen Gegner zu überstimmen, um die Vorlage in ihrem Sinne zu modifiziren. Es ist schon hervorgehoben, daß man in den Ausschüssen bis jetzt Verzicht darauf geleistet hat, in prinzipielle Erörterungen einzutreten, und daß es zu diesen erst im Plenum kommen wird. Den Ausschüssen liegt gewissermaßen nur die technische Vorberathung des Entwurfs ob, und wenn innerhalb derselben auch schließlich eine Abstimmung über das Monopol selbst stattfindet, so ist der Ausfall derselben für das Schicksal des Entwurfes ohne jede Bedeutung.

Die Ernennung des Herrn von Giers zum auswärtigen Minister in Rußland giebt den „Grenzboten" Veranlassung, auf die Mittheilung eines bayrischen Blattes zurückzukommen, in Rußland sei der Glaube verbreitet, bei einem Kriege Deutschlands gegen Rußland würden unsere Mittel- und Kleinstaaten sich gegen Preußen kehren, dessen Leitung sie überdrüssig seien, und daran die Mahnung an die Parteien zu knüpfen, das Ausland nicht durch Bekämpfung der Reichsregierung in den Wahn zu wiegen, als ob ein auswärtiger Feind Bundesgenossen im Innern finden könne. In einem Augenblick, wo die große Mehrzahl der mittel- und kleinstaatlichen Regierungen im Bundesrath widerwillig für das Monopolideal des Reichskanzlers stimmt, ist die Insinuation, daß die Bundesstaaten der Leitung Preußens überdrüssig seien, eine Beleidigung der Bundesgenossen des Reichskanzlers. Was die politischen Parteien betrifft, so sind es bekanntlich nicht ihre Preßorgane, sondern diejenigen, für welche die Verantwortlichkeit nicht selten der Regierung zugeschoben wird, welche mit dem Beiwort „Reichsfeind" einen geradezu schamlosen Mißbrauch treiben. Eben in den „Grenzboten" haben wir vor acht Tagen erst gelesen, der Reichskanzler stehe mit seinem Willen, die zentrale Exekutive zu befestigen, d. h. die Einheit zu sichern, allen Parteien gegenüber. Phrasen dieser Art sind ganz dazu angethan, das Ausland über die wirkliche Lage der Verhältnisse in Deutschland zu täuschen. Wenn die Offiziösen sich derselben bedienen, so sind sie offenbar der Ueberzeugung, daß sie nicht schaden können. Aber dann verschone man nns mit Ermahnungen zur Einigkeit.

Herr v. Schlözer hat, wie ein Privat-Telegramm des „Berl. Tagebl." aus Rom meldet, am Montag Mittag dem Papste seine Akkreditive überreicht. Damit wäre denn die letzte Formalität erledigt, welche zur regelrechten Wiederherstellung unserer Beziehungen zum Vatikan noch gefehlt hat.

Der am 18. d. Mts. abgehaltene französische Ministerrath beschäftigte sich, wie der „Breslauer Zeitung" geschrieben wird, mit dem Projekte der Herstellung eines inneren Meeres in der algerischen Sahara, für welches der Major Roudaire vom Generalstabe in einer Reihe von Missionen eingehende Vorstudien gemacht hat. Es würde sich darum handeln, die Landschwelle von Gabes zu durchbrechen und das Wasser des Mittelmeeres in den Süden der Provinz Constantine zu leiten, den es schon in früheren Zeiten bedeckt hat, wie dies die salzhaltigen Sümpfe, die man Schotts nennt, bekunden. Dieses innere Meer würde nicht nur klimatisch heilsame Wirkungen hervorbringen, wie man solche an den Ufern des Suezkanals beobachtet hat, sondern auch mit einem Schlage eine Handelsstraße nach der afrikanischen Sahara schaffen und zumal eine strategisch hochwichtige Schutzlinie für die algerischen Departements bieten, die dadurch für alle Folge gegen die Einbrüche der Nomadenstämme der Wüste gedeckt wären. Die Kosten des Unternehmens werden von dem Major Roudaire auf circa sechszig Millionen veranschlagt. Der Ministerrath hat sich seine Entscheidung noch vorbehalten.

Parnell, welcher am 17. d. M. in der Frühe von Paris in London angekommen ist, hat sich auf Zureden seiner Verwandten entschlossen, sich die volle ihm gestattete Parolezeit zu Nutze zu machen, und sich mit seiner Schwester und deren Familie in die Landeinsamkeit begeben, um dort der Ruhe zu pflegen, welche ihm in Paris nicht vergönnt war. Er wird, wie verlautet, auf seinem Rückwege nach Kilmainham London nicht wieder berühren. „Freeman's Journal" nimmt Veranlassung, nachzuweisen, daß Parnell gesetzlich wieder ins Gefängniß gebracht werden kann ohne den Erlaß eines neuen Verhaftsbefehls und glaubt nicht, daß die Regierung sich einer solchen Thorheit schuldig machen werde, einen neuen Haftbefehl gegen denselben auszufertigen. Die „St. James Gazette" nimmt dagegen an, daß aller gegentheiligen Gerüchte ungeachtet Parnell, nachdem seine zehntägige Freiheitsfrist abgelaufen, sich wieder zur Haft in Kilmainham stellen muß.

Das tausendjährige Jubiläum der Gründung Kiews und des Uebertritts des Großfürsten Wladimir zum Christenthum im September d. J. zu begehen, werden die Russen von der „Nowoje Wremja" aufgefordert. Die Feier soll mit der Krönung in Moskau in Verbindung gebracht werden, um derselben eine weitgehende politische Bedeutung zu geben.

Briefe und Zeitungsberichte.

C· **Berlin**, 21. April. [Das kirchenpolitische Kompromiß. Krankenkassengesetz und Unfallversicherung. Beziehungen zu Rußland.] Das Auftreten des Kultusministers v. Goßler in der kirchenpolitischen Kommission des Herrenhauses hat auf allen Seiten die Ueberzeugung verstärkt, daß das Kompromiß zu Stande kommt, mag auch noch ein und der andere Zwischenfall eintreten und eine nochmalige Verhandlung zwischen dem Herren- und dem Abgeordnetenhause nothwendig werden. Die Anträge des Grafen zur Lippe haben im Plenum noch weniger Aussichten, als in der Kommission; sie sind lediglich auf das Bestreben dieses Herrn zurückzuführen, einer Aktion, von welcher er annimmt, daß sie am letzten Ende dem Kanzler doch genehm ist, Hindernisse in den Weg zu legen — und als eine Sammlung solcher ist der Gegenentwurf des Referenten fast genial, falls man dieses Wort auf eine Leistung des Grafen Lippe selbst nur mit Einschränkungen anwenden kann: der Regierung werden ihre eigenen früheren Vorschläge, den Konservativen wird die Ansicht, daß das Begnadigungsrecht des Königs zur Wiederzulassung der Bischöfe ausreiche, dem Zentrum wird die Streichung der Fristbestimmung für die diskretionären Vollmachten in den Weg geworfen. Auch daß Graf Lippe diesen Apparat aufwendet, um dem Kompromiß Schwierigkeiten zu schaffen, beweist, daß dasselbe schließlich zu Stande kommt; denn wenn die Aussichten entgegengesetzt wären, wenn Fürst Bismarck das Scheitern wünschte, würde man den Justizminister des Konfliktsministeriums für das Kompromiß wirken sehen. Das konservativ-klerikale Zusammengehen im Reichstag und bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause — im ersteren abgesehen vom Tabaksmonopol — wird denn auch von den Führern der nationalliberalen Partei ebenso, wie von denen der anderen liberalen Gruppen, gegenwärtig als feststehend betrachtet, und von irgend einem Bestreben der ersteren, für eine Wiederannäherung an die Politik des Kanzlers die Wege offen zu halten — wovon dieser Tage wieder in einzelnen Blättern gesprochen wurde — kann ernstlich gar keine Rede sein; man ist auch auf nationalliberaler Seite, während man sich daselbst keine Illusion über die Wahrscheinlichkeit erheblicher Verluste bei den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhause macht, außer Zweifel darüber, daß nur der Anschluß nach links übrig bleibt. — Als Folge des Zustandekommens des Kompromisses wird man zunächst ein Krankenkassengesetz zu erwarten haben, welches die Mängel des jetzigen Zustandes nicht beseitigt und neue hinzufügt; und falls die Regierung nur in der Frage des Staats-, resp. Reichszuschusses zur Unfallversicherung mit sich reden läßt, dürfte sie auch ihre Pläne in Bezug auf diese mit Hilfe des Zentrums durchsetzen; dasselbe wird sich ein Beispiel an Herrn Schäffle nehmen, der ja die prinzipiellen Forderungen seiner neuesten sozialpolitischen Schrift so geschickt zu Gunsten der erheblich davon abweichenden Vorschläge der Regierung abzustumpfen und umzubiegen verstanden hat. Das den Klerikalen und Konservativen gemeinsame Bestreben, irgend etwas Positives zu Stande zu bringen, worauf man sich bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause berufen kann, wird den sozialpolitischen Vorlagen der Regierung im Reichstag weiter zu Hilfe kommen, nachdem schon die beim kirchenpolitischen Kompromiß von den Klerikalen übernommene Verpflichtung zu einer Gegenleistung das Ihrige gethan haben wird, das im Prinzip sehr mit den Schäffle'schen Forderungen übereinstimmende sozialpolitische Programm, welches Namens des Zentrums Herr v. Hertling anzudeuten pflegte, abzuschwächen. — Die jüngst an dieser Stelle erwähnten Nachrichten, wonach das Verhältniß zwischen der deutschen und der russischen Regierung sich in der allerletzten Zeit etwas vertraulicher und vertrauender gestaltet hat, werden von zuverläßiger Seite bestätigt. Es ist allerdings nicht wahrscheinlich, daß Graf Ignatjew bald als Opfer dieser Annäherung fällt, da er einerseits verstanden hat, in Gatschina die Vereinbarkeit seiner ferneren Wirksamkeit als Minister des Innern mit besseren Beziehungen zu Deutschland glaubhaft zu machen, und da er andererseits dort immer noch als die beste Bürge für die persönliche Sicherheit des Zaren gelten soll, trotz der neueren Thatsachen, welche dieser Ansicht widersprechen.

□ **Petersburg**, 19. April. [Judenbekehrung.] Im orenburgschen Bezirk sollen von 37 jüdischen Familien im vorigen Monat 9 Familien sich zum Uebertritt zur russischen Kirche bereit erklärt haben und zum Theil schon übergetreten sein. Wie es heißt, soll eine Gesellschaft russischer Missionäre das Bekehrungsgeschäft in jener Gegend mit Erfolg betreiben, und wird die gegen sie eingeleitete Untersuchung — wenn selbe nicht entwa blos zum Schein eingeleitet ist — wohl ergeben, ob sie, wie es heißt, auf Veranlassung des Gouverneurs oder auf eigne Faust agiren und so wie so gegen den die Proselytenmacherei verbietenden Ukas vom März 1858 verstoßen. Wenn man in Betracht zieht, daß kurz nach dem Erscheinen des vorberegten Ukas, wie bekannt, in mehreren Bezirken Katholiken in Masse zum Uebertritt in die griechische Kirche gezwungen wurden, so dürften die gegenwärtigen Betreiber der Judenbekehrung vor der zu erwartenden Bestrafung für ihr Treiben nicht gerade viel zu fürchten haben.

Locales und Provinzielles.

Posen, 22. April.

r. **Die deutschen Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften der Provinz Posen** halten ihren diesjährigen Verbandstag am 20. und 21. k. M. in Bromberg ab. Die Leitung des Verbandstages übernimmt Herr Verbandsdirektor C. Meyer-Posen; die Anwaltschaft wird durch Herrn Dr. Schneider-Potsdam vertreten sein.

✳ **Rogasen**, 21. April. [Apothekenverkauf.] Die hiesige priviligirte Apotheke, ist vom 1. d. M. ab in den Besitz des Apothekers Adolf Retzlaff übergegangen und ist diesem die Genehmigung von der Regierung ertheilt worden.

⁂ **Samter**, 21. April. [Vertretung. Zuchtviehmarkt.] Der hiesige Kreissekretär Krug ist erkrankt und ist zu dessen Vertretung von der Regierung in Posen der Zivilsupernumerar Landgraf hierher gesandt worden. — Der hiesige Magistrat hatte mit höherer Genehmigung einen Zuchtviehmarkt auf den 26. April angesetzt, welcher aber wieder aufgehoben wurde. Derselbe soll, wie wir hören, dennoch in unserer Stadt in Folge Petition der Kommission des Posen-Samterschen Landwirthschaftlichen Vereins abgehalten werden und ist der Termin hierfür auf den 13. September d. J. angesetzt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Wiesbaden, 21. April. Se. Majestät der Kaiser erschien gestern Abend im Theater und wurde mit enthusiastischen Kundgebungen empfangen; um 9 Uhr begab sich Se. Majestät nach dem Bahnhofe zum Empfange Ihrer Majestät der Kaiserin. Heute Vormittag 10 Uhr 20 Min. traf der Großfürst Wladimir hier ein, wurde vom Kaiser am Bahnhofe begrüßt und von demselben im offenen Wagen nach dem Hotel geleitet. Zum Empfange des Großfürsten waren die Spitzen der Behörden und die Notabilitäten der hiesigen russischen Kolonie am Bahnhofe anwesend.

Wiesbaden, 21. April. Se. Majestät der Kaiser ließ sich heute Vormittag vom Chef des Zivilkabinets, Wirkl. Geh. Rath v. Wilmowski, Vortrag halten. Zum Diner sind an die Generale v. Woyna und v. Loos in Mainz, sowie an den Generalarzt Dr. v. Langenbeck Einladungen ergangen.

Wiesbaden, 21. April. Der Großfürst Wladimir stattete Sr. Majestät dem Kaiser heute Mittag 12 Uhr einen Besuch im königlichen Schlosse ab, Se. Majestät der Kaiser und der Großfürst Wladimir unternahmen dann gemeinsam bei prachtvollem Wetter einen Spaziergang. Das Diner nahm der Großfürst um 4 Uhr bei dem Kaiser ein, mit welchem er später auch das Hoftheater besuchte. Die Abreise des Großfürsten Wladimir ist auf morgen früh 6½ Uhr festgesetzt.

München, 21. April. Die Kammer der Reichsräthe erledigte heute die Berathung des Kultusetats zumeist nach den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer. Der von der letzteren gestrichene Dispositionsfonds wurde einstimmig wieder hergestellt und der Antrag auf Ertheilung des konfessionellen Geschichtsunterrichts, welchen der Bischof v. Dinkel und Fürst Löwenstein befürworteten, v. Döllinger, v. Ortenburg, v. Lotzbeck und der Kultusminister bekämpften, wurde mit allen gegen 10 Stimmen abgelehnt. Der Antrag auf Umwandlung des Simultan-Schullehrer-Seminars zu Bamberg in eine konfessionell-katholische Anstalt wurde ebenfalls abgelehnt.

Wien, 21. April. [Offiziell.] FML. Baron Jovanovic meldet unterm 20. d.: In der Crivoscie wurden am 18. und 19. d. Streifungen gegen Pistet und Dugidoci vorgenommen. Die Insurgenten wichen überall nach einem Feuergefecht zurück, das am heftigsten bei Pitomna-Rupa war, wo die Tyroler Jäger dem Gegner erhebliche Verluste beibrachten. Bisher sind 26 Todte und Verwundete auf Seite der Insurgenten konstatirt. Letztere transportirten Verwundete auf Tragbahren gegen Dragail, wo ebenfalls stärkere Banden sichtbar gewesen sind. Der Verlust der Truppen besteht in 3 Schwer- und 6 Leichtverwundeten.

Wien, 21. April. Wie mehrere Blätter melden, beabsichtigt die zur Herbeiführung von Ersparnissen eingesetzte parlamentarische Kommission anstatt der Diäten und Reisegelder für die Reichsrathsabgeordneten die Festsetzung eines Jahrespauschales zu beantragen.

Wien, 21. April. Eine Meldung der „Polit. Korresp." aus Rom konstatirt, daß die zwischen Italien und Egypten wegen der Assabbay bestandenen Differenzen in einer Italien zufriedenstellenden Weise beigelegt seien, so daß die Frage als geordnet zu betrachten sei.

Prag, 21. April. Der „Politik" zufolge bestätigt es sich, daß FML. Jovanovic für den FML. Dahlen von Orlaburg, der wegen Kränklichkeit um seine Versetzung gebeten habe, das Generalkommando in Serajewo und die Landesverwaltung Bosniens und der Herzegowina übernehmen würde.

Paris, 21. April. Der Ministerpräsident Freycinet konferirte heute Vormittag mit Herrn v. Lesseps und mit dem Kommandanten Roudaire, von welchem das Projekt zur Herstellung eines afrikanischen Binnenmeeres herrührt. Dem Vernehmen nach würde der Staat an den Kosten für die Ausführung des Projektes nicht theilnehmen, sondern die Privatindustrie zur Betheiligung anffordern. — Nach einer Meldung aus Tunis von heute ist der zweite Bruder des Bey, Tajeb Bey, in Freiheit gesetzt worden und hat sich sofort zum Bey begeben, um demselben für seine Freilassung zu danken. Tajeb Bey gab dabei zugleich das Versprechen, daß er alle dem Bey feindlich gesinnte Personen seiner früheren Umgebung entfernen werde. Der französische Ministerresident Cambon hat den Bericht über die Organisation von Tunis vollendet und wird denselben morgen nach Paris abgehen lassen.

Rom, 21. April. Mit der Berichterstattung über den französisch-italienischen Handelsvertrag ist Marescotti beauftragt worden, der einen die Genehmigung des Vertrages empfehlenden Bericht erstatten soll.

Die Kaiserin Eugenie ist, wie hierher gemeldet wird, in Bordighera angekommen.

London, 20. April. [Unterhaus.] Unterstaatssekretär Dilke erklärte auf eine Anfrage des Deputirten Worms, die englische Regierung habe der türkischen und der egyptischen Regierung den Abschluß einer Konvention anempfohlen, um die Rechte Italiens bezüglich des Gebietes an der Assabbay näher zu definiren und zu begrenzen. Die Regierung sei der Ansicht, daß der Abschluß einer Konvention im Interesse Egyptens liege, damit alle ohne eine solche Konvention möglichen Komplikationen verhindert würden. Gleichzeitig würde durch dieselbe die Anerkennung der Souveränetät des Sultans von Seiten Italiens und die Anerkennung der Autorität des Khedive über die Westküste des Rothen Meeres herbeigeführt werden. In der Konvention sei stipulirt gewesen, daß die Niederlassung Italiens an der Assabbay einen rein kommerziellen Charakter tragen solle, auch sei darin der Sklavenhandel und der Handel mit Waffen verboten gewesen. Egypten habe die Konvention abgelehnt, die Verhandlungen würden indeß noch fortgesetzt.

London, 21. April. Eine gestern unter dem Vorsitze des Herzogs von Edinburg zwecks Veranstaltung einer internationalen Fischerei-Ausstellung abgehaltene Versammlung faßte Beschlüsse zu Gunsten dieses Planes und erklärte die Betheiligung der Kolonien an der Ausstellung für wünschenswerth.

London, 21. April. Der „Times" wird aus Alexandrien von heute gemeldet, daß in Kairo Befürchtungen wegen eines Aufstandes der Beduinenstämme gegen die gegenwärtige Regierung herrschten und daß man daher gestern eiligst Truppen nach Zagazic und Damanhur abgesandt habe, um die Grenzen zu schützen.

London, 21. April. [Unterhaus.] Der Deputirte Bourke kündigte an, daß er nachsten Freitag das Wort zu einigen Bemerkungen über Egypten nehmen werde, um dadurch eine Erklärung der Regierung über die Verhandlungen zwischen England, Frankreich, der Türkei und den anderen Mächten bezüglich Egyptens herbeizuführen; er hoffe, daß sich die Regierung auch über den jetzigen Stand der Verhandlungen erklären könne.

Konstantinopel, 21. April. (Meldung der „Agence Havas".) Die türkisch-russische Kriegsentschädigungsfrage nimmt eine günstige Wendung, da sich der Botschafter v. Nowikow den Anträgen der Pforte hinsichtlich der Kontrolle nähert.

Konstantinopel, 21. April. Nach den Voranschlägen des Administrationsraths der Besitzer türkischer Schuldtitel werden auf die im Laufe des Jahres gezogenen türkischen Loose außer den sofort zahlbaren 25 Proz., noch am Schlusse des Jahres etwa 30 Proz. entfallen.

Bukarest, 20. April. Zur Ergänzung des am 30. v. M. von der Deputirtenkammer genehmigten Gesetzentwurfs über die Verbesserung der Lage des Bauernstandes wird von Rosetti morgen der Kammer ein weiterer Gesetzentwurf vorgelegt werden. Nach dem ersten Artikel desselben sollen alle von den Bauern den Grundeigenthümern und Pächtern gegenüber kontrahirten Geldschulden, welche die Bauern durch zu leistende Arbeiten zurückzuzahlen sich verpflichteten und die nach den Bestimmungen des diesbezüglichen früheren Gesetzes kontrahirt wurden, den Gläubigern vollständig vom Staate zurückbezahlt werden. Nach Artikel 6 des Entwurfs sollen die Bauern das Kapital und die Zinsen dem Staate in kleinen Annuitäten zurückbezahlen.

Nach einer Meldung aus Galatz wird die Eröffnung der Session der europäischen Donaukommission nicht vor dem 10. k. Mts. erwartet.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
21. Nachm. 2	759,5	W lebhaft	halbheiter 1)	+13,7
21. Abnds. 10	760,5	NW schwach	wolkenlos	+ 8,1
22. Morgs. 6	760,7	NW schwach	heiter schw. Nb.	+ 5,5

1) Regenhöhe: 0,1 mm.
Am 21 Wärme-Maximum +16°2 Cels.
" " Wärme-Minimum + 8°1 "

Wetterbericht vom 21. April, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp i. Cels Grad
Mullaghmore	—			
Aberdeen .	760	SSW 6	heiter	11
Christiansund	755	S 1	bedeckt	5
Kopenhagen	762	NW 4	wolkenlos	10
Stockholm .	755	W 4	bedeckt	7
Haparanda .	747	S 2	Schnee	1
Petersburg .	755	SSW 3	bedeckt	5
Moskau . .	765	S 1	wolkenlos	2
Cork, Queenst.	764	SSW 4	halb bedeckt 1)	11
Brest . . .	767	SO 4	bedeckt 2)	11
Helder . .	769	WSW 1	wolkenlos	10
Sylt . . .	766	W 4	wolkenlos	9
Hamburg .	768	SW 3	wolkenlos	11
Swinemünde	764	W 5	heiter 3)	10
Neufahrwasser	761	SW 3	bedeckt	11
Memel . .	759	SW 4	Regen 4)	7
Paris. . .	771	SO 1	wolkenlos	7
Münster . .	770	SW 4	Nebel	7
Karlsruhe .	772	S 1	wolkenlos 5)	10
Wiesbaden .	771	NW 1	wolkenlos 6)	8
München .	772	W 1	wolkenlos	8
Leipzig . .	769	WSW 4	wolkenlos 7)	11
Berlin . .	767	W 5	halb bed. 8)	10
Wien . . .	768	W 3	Regen	11
Breslau . .	767	WNW 4	bedeckt 9)	10
Ile d'Aix .	766	O 4	heiter	11
Nizza . . .	765	NNO 1	halb bedeckt	20
Triest . . .	766	ONO 1	halb bedeckt	18

1) Seegang mäßig. 2) Grobe See. 3) Nachts wenig Regen. 4) Seegang mäßig. 5) Dunst. 6) Nachmittags Regen. Nachts Thau. 7) Abends Regen. 8) Abends Regen. 9) Nachts Regen.

Skala für die Windstärke:
1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Uebersicht der Witterung.
Ein Minimum des Luftdrucks mit stillem, heiterem, trockenem und warmem Wetter lagert über Frankreich und der Südhälfte Zentral-Europas, während im Nord- und Ostseegebiete unter dem Einflusse des niedrigen Luftdrucks im hohen Norden mäßige, stellenweise starke westliche Winde bei trübem Wetter vorherrschen. Im nordwestdeutschen Küstengebiete war am Abend und in der Nacht das Wetter stark böig, in Hamburg zeitweise stürmisch. Breslau meldet: Gestern und heute magnetische Störung.
Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. April Morgens 0,74 Meter.
" " 21. " Mittags 0,74 "
" " 22 " Morgens 0,76 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 21. April. (Schluß-Course.) Schluß schwächer. Lond. Wechsel 20,455. Pariser do. 81,02. Wiener do. 169,95, K.-M. St.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 100⅝. K.-M.-Pr.-Anth. 128⅛. Reichsanl. 101⅝. Reichsbank 149. Darmstb. 162⅝. Meininger B. 93. Oest.-ung. Bk. 702,00. Kreditaktien 291. Silberrente 65⅞, Papierrente 64⅝. Goldrente 80¼. Ung. Goldrente 76. 1860er Loose 122. 1864er Loose 326,40. Ung. Staatsl. 227,50 do. Ostb.-Obl. II. 94½ Böhm. Westbahn 263⅝. Elisabethb. —. Nordwestbahn 179. Galizier 265⅛. Franzosen 284 Lombarden 123⅞ Italiener 90⅞. 1877er Russen 87. 1880er Russen 71⅝. II. Orientanl. 57¼. Zentr.-Pacific 112. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 57⅜. Wiener Bankverein 102⅞, ungarische Papierrente —. Buschtiehrader —. Oberschlesische —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 289⅝, Franzosen 283¼, Galizier 262½, Lombarden 123½, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.

Wien, 21. April. (Schluß-Course.) Günstig. Die von auswärts gemeldeten Kurse, der billige Geldstand und Arbitragekäufe stimulirten. Kreditaktien und Franzosen lebhafter.

Papierrente 76,60. Silberrente 77,50. Oesterr. Goldrente 94,30, 6-proz. ungarische Goldrente 119,90. 4-proz. ung. Goldrente 89,45. 5-proz. ung. Papierrente 87,90. 1854er Loose 119,50. 1860er Loose 129,70 1864er Loose 172,50. Kreditloose 179,70. Ungar. Prämienl. 117,20 Kreditaktien 343,90. Franzosen 335,25 Lombarden 147,00. Galizier 312,50 Kasch.-Oderb. 145,00. Pardubitzer 153,50. Nordwestbahn 210,50. Elisabethbahn 211,00. Nordbahn 2582,00. Oesterreich. ungar. Bank —,—. Türk. Loose —,— Unionbank 128,90. Anglo-Austr. 133,25 Wiener Bankverein 120,75. Ungar. Kredit 339,25. Deutsche Plätze 58,75 Londoner Wechsel 120,10 Pariser do. 47,65, Amsterdamer do. 99,45. Napoleons 9,53 Dukaten 5,63 Silber 100,00. Marknoten 58,75 Russische Banknoten 1,21⅛. Lemberg-Czernowitz —,—. Kronpr.-Rudolf 168,50. Franz-Josef —,—. Dux-Bodenbach —,—. Böhm. Westbahn —,—.

4½prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —, Elbthal 220,75, ungarische Papierrente —,—, ungar. Goldrente —,—, Buschtierader B. —,—. Ung. Präml. —. Eskompte —,—.

Nachbörse: Ungar. Kreditaktien —,—, österr. Kreditaktien 342,40, Franzosen 333,50. Galizier 309,50.

Paris, 21. April. (Schluß-Course.) Schwach.

3proz. amortisirb. Rente 84,07½, 3proz. Rente 83,85, Anleihe de 1872 118,22½, Italien. 5proz. Rente 91,15, Oesterr. Goldrente —, 6pr. ungar. Goldrente —,—, 4proz. ungar. Goldrente 76, 5proz. Russen de 1877 —. Franzosen 703,75, Lomb. Eisenbahn-Aktien 313,75, Lomb. Prioritäten 284,00, Türken de 1865 13,07½, Türkenloose 59,00. III. Orientanleihe —,—.

Credit mobilier 550,00, Spanier exter. 27 3/16, do. inter. —, Suezkanal-Aktien 2587,00, Banque ottomane 792,00, Union gen. —, Credit foncier 1637,00, Egypter 346,00, Banque de Paris 1200,00, Banque d'escompte 570,00, Banque hypothecaire —, Londoner Wechsel 25,22½, 5proz. Rumänische Anleihe —,—.

Banque de Lyon et de la Loire —,—.

Florenz, 21. April. 5pCt. Italien. Rente 93,00, Gold 20,50.

Petersburg, 20. April. Wechsel auf London 24⅝, II. Orient-Anleihe 90¼. III. Orientanleihe 90⅝.

London, 21. April. Ruhig. Consols 101 13/16, Italien. 5pr. Rente 90¼, Lombard. 12½, 3proz. Lombarden alte 11¼, 3proz. do. neue 11⅛, 5proz. Russen de 1871 84½, 5proz. Russen de 1872 84 5proz. Russen de 1873 86, 5proz. Türken de 1865 13, 3½proz. fundirte Amerikaner 103¾, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 75¼, Oesterr. Goldrente —, Spanier 27⅜, Egypter 68¼, 4proz. preuß. Consols 100¾. 4proz. bair. Anleihe —.

Platzdiscont 2½ pCt. Silber —.

Newyork, 20. April. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 95⅜, Wechsel auf London 4,86½, Cable Transfers 4,89¾, Wechsel auf Paris 5,16¼, 3½proz. fundirte Anleihe 101⅛, 4prozentige fundirte Anleihe von 1877 121¾, Erie-Bahn 35½, Zentral-Pacific 115¾, Newyork Zentralbahn 126¼, Chicago-Eisenbahn 137⅞.

Geld leicht, für Regierungssicherheiten 2, für andere Sicherheiten ebenfalls 2 Prozent.

Produkten-Kurse.

Hamburg, 21. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine ruhig. Roggen loco fester, auf Termine ruhig. Weizen per April-Mai 214,00 Br., 213,00 Gd., per Juli-Aug. 206,00 Br., 205,00 Gd. Roggen per April-Mai 152,00 Br., 151,00 Gd., per Juli-Aug. 147,00 Br., 146,00 Gd. Hafer ruhig. Gerste still. Rüböl ruhig, loco 56,50, per Mai 56,50. Spiritus matt, per April 37¼ Br., per Mai-Juni 37⅛ Br., per Juli-August 38¼ Br., per Aug.-Sept. 39¼ Br. — Kaffee matt. Umsatz 2000 Sack. — Petroleum still. Standard white loco 7,20 Br., 7,15 Gd., per April 7,20 Gd., per August-September 7,80 Gd. — Wetter: Schön.

Bremen, 21. April Petroleum. (Schlußbericht). Matt. Standard white loco 7,00 Br., per Mai 7,00 Br., per Juni 7,10 bez., pr. Juli 7,25 Br., pr. August-Dezember 7,60 Br.

Wien, 21. April. (Getreidemarkt.) Weizen pr. Frühjahr 12,40 G., 12,42 Br. Hafer pr. Frühjahr 8,12 Gd., 8,15 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,57 Gd., 7,60 Br.

Pest, 21. April. Produktenmarkt. Weizen loco fest, auf Termine matt, pr. Frühjahr 12,15 Gd., 12,25 Br., pr. Herbst 10,65 Gd., 10,70 Br. — Hafer pr. Frühjahr — Gd., — Br. — Mais pr. Mai-Juni 7,23 Gd., 7,25 Br. — Kohlraps pr. August-September 13½. — Wetter: —.

Petersburg, 21. April. (Produktenmarkt.) Talg loco 70,00, pr. August 68,00. Weizen loco 15,75. Roggen loco 10,50, Hafer loco 5,60. Hanf loco 34,50. Leinsaat (9 Pud) loco 14,25. — Wetter: Regen.

Amsterdam, 21. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unver., pr. Mai 313, pr. November 296. Roggen loco und auf Termine höher, pr. Mai 179, Oktober 176. Raps per Frühjahr —, per Herbst — Fl. Rüböl loko 32, per Mai 31⅝, per Herbst 32⅝. —

Amsterdam, 21. April. Bancazinn 58. Nominell.

London, 21. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letzten Montag: Weizen 48,800, Gerste 12,570, Hafer 15,430 Qrts.

Fremder Weizen träge, zu letzten Preisen, Mahlgerste und Hafer anziehend. Mais fest, angekommene Weizenladungen ruhiger.

Liverpool, 20. April. (Offizielle Notirungen.)

Upland good ordin. 6⅛, do. low middl. 6½, do. middl. 6 15/16 Mobile middl. 6 11/16, Orleans good ordin. 6 5/16, do. low middl. 6 11/16 do. middl. 6⅞, Orleans middl. fair 7⅜, Pernam fair 6 15/16, Santos fair —, Bahia fair —, Maceio fair 6 15/16, Maranham fair 7, Egyptian brown middl. 5¾, do. fair 7⅛, do. good fair 7½, do. white middl. —, do. fair 7¼, do. good fair 7½, M. G. Broach fair —, Dhollerah middl —, do. good middl. 3⅝, do. middl. fair 4, do. fair 4¼, do. good fair 4¾, do. good 5 5/16, Oomra fair 4 5/16, do. good fair 4¾, do. good 5¼, Scinde fair 3 13/16, Bengal fair 3 13/16 do. good fair 4⅛ Madras Tinnevelly fair 5, do. do. good fair 5⅜, do. Western fair 4⅜, do. good fair 4⅝.

Manchester, 21. April. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 8, 20r Water Micholls 9¼, 30r Water Clayton 10, 32r Mock Townhead 10, 40r Mule Mayoll 9¾, 40r Medio Wilkinson 11½, 36r Warpcops Qual. Rowland 10½, 40r Double Weston 11, 60r Double courante Qual. 14¼, Printers 16/16 34/50 8½ pfd. 94½. Fest.

Newyork, 20. April. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12¼, do. in New-Orleans 12, Petroleum in Newyork 7⅝ Gd., do. in Philadelphia 7¼ Gd., rohes Petroleum 6½, do. Pipe line Certificates — D. 78 C. Mehl 5 D. 25 C. Rother Winterweizen loko 1 D. 50 C. do. per April 1 D. 49½ C., do pr. Mai 1 D. 50 C., do. pr. Juni 1 D. 50¼ C. Mais (old mixed) 93 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7½. Kaffee (Rio-) 9½. Schmalz Marke (Wucox) [illegible] do. Fairbanks 11¾, do. Robe u. Brothers 11 9/16. Speck (short [illegible]) 11⅛ C. Getreidefracht ⅛. Fracht für Getreide nach Liverpool —

Produkten-Börse.

Berlin, 21. April. Wind: NW. Wetter: schön.

Weizen per 1000 Kilo loko 202—236 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter Polnischer — Mark, ab Bahn, per April 229¾—230 M. bezahlt, per April-Mai 229¾—230 bez., per Mai-Juni 220—220½ M. bez., per Juni-Juli 219—219½ M. bezahlt, per Juli-August 213½ Mark bez., per September-Oktober 208½ M. bezahlt. — Gekündigt 1000 Zentner. — Regulirungspreis 229½ Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 149 bis 165 Mark nach Qualität gefordert, inländischer 163—164½ Mark ab Bahn bezahlt, exqu. do. — M. p. Bahn bezahlt, def. polnischer — Mark ab Bahn bezahlt, def. russischer — Mark ab B. bezahlt, russischer, polnischer u. galizischer 150—154 Mark ab Bahn bezahlt, per April — Mark bezahlt, per April-Mai 157—157¾—157½ M. bez., per Mai — bez., per Mai-Juni 155—155¾ Mark bezahlt, per Juni-Juli 154¼—154¾—154½ bez., per Juli-August 152—152½—152 bez., per Sept.-Oktober 151¾—152—151¾ bez. Gekündigt 12000 Ztnr. Regulirungspreis 157½ M. — Gerste per 1000 Kilo loko 129—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 125 bis 170 Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 126 bis 148 bezahlt, ost- und westpreußischer 139 bis 155 bezahlt, pommerscher und Uckermärker 130 bis 147 bezahlt, schlesischer 145 bis 158 bezahlt, f. do. 159—162 bezahlt, böhmischer 145—158 bezahlt, f. do. 159—162 M. bezahlt, fein weiß mecklenburgischer — ab Bahn bezahlt, per April 134½ M. bezahlt, per April-Mai 134½ M. bez., per Mai-Juni 135 Mark bezahlt, per Juni-Juli 136½—137 bez., per Juli-August 138 M. bezahlt. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 160 bis 200 Mark, Futterwaare 142 bis 158 Mark. — Mais per 1000 Kilo loko 145—156 nach Qualität gefordert, per April — M., per April-Mai 143 Mark bez., per Mai-Juni 142 bezahlt, per Juni-Juli 141½ Geld, per September-Oktober 140 Geld. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 31,00 bis 29,50 Mark, 0: 28,50 bis 27,50 M., 0/1: 27,50 bis 26,50 Mark. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 23,50 bis 22,50 Mark, 0/1: 22,00 bis 21,00 Mark, per April 22 Mark bezahlt, per April-Mai 21,90 Mark bezahlt, per Mai-Juni 21,80 Mark bezahlt, per Juni-Juli 21,65 Mark bezahlt, per Juli-August 21,50 Mark bezahlt, per September-Oktober 21,35 Mark bezahlt. — Gekündigt — Zentner. — Regulirungspreis —,— Mark. — Oelsaat per 1000 Kilo — M., Winterraps — M., Winterrübsen — Mark. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 55,1 M., loko mit Faß 55,4 bezahlt, per April 55,5—55,8—55,6 bez., per April-Mai 55,5—55,8—55,6 bez., Mai-Juni 55,5—55,8—55,6 bez., Juli — bez., August-September -- bez., September-Oktober 55,5—5,7—55,6 bez., Oktober-November — M. bez. Gekündigt 1000 Ztr. Regulirungspreis 55,6 Mark. — Leinöl per 100 Kilo loko — M. — Petroleum per 100 Kilo loko 23,0 M., per April 22,3—22,2 bez., per April-Mai 22,3—22,2 bez., per Mai-Juni — bezahlt, per September-Oktober 23,6 Mark. Gekündigt 8400 Zentner. Regulirungspreis 22,3 Mark. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 44,8 Mark bez., mit Faß — bezahlt, per April 46,3—46,4 Mark bez., per April-Mai 46,3—46,4 Mark bez., per Mai — Mark bez., per Mai-Juni 46,4 Mark bezahlt, per Juni — Mark bezahlt, per Juni-Juli 47,2 Mark bezahlt, Juli-August 48,2 bez., August-September 48,7 bez., September-Oktober 48,9 bez. — Gekündigt 120,000 Liter. Regulirungspreis 46,3 Mark. (B. B.-Z.)

Bromberg, 21. April. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen behauptet, hochbunt und glasig 210—221 M., hellbunt 200—208 M. — Roggen behauptet, loko inländischer 154—156 M. — Gerste, feine Brauwaare 145—152 M., große und kleine Müllergerste 140—145 Mark. — Hafer loko 140—150 Mark. — Erbsen Kochwaare 160—185 Mk, Futterwaare 145—150 Mark. — Mais, Rübsen, Raps ohne Handel. — Spiritus pro 100 Liter à 100 Prozent 41,75—42,25 M. — Rubelcours 205,00 Mark.

Marktpreise in Breslau am 21. April.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		gute Höchster M. Pf.	gute Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	geringe Waare Höchster M. Pf.	geringe Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer		22 20	22 —	21 70	21 20	20 40	19 20
dto. gelber		21 80	21 60	21 30	21 —	20 20	19 10
Roggen,	pro	16 30	16 —	15 80	15 50	15 10	14 80
Gerste,	100	15 50	14 50	13 20	12 70	12 —	11 30
Hafer,		14 90	14 50	14 —	13 40	12 70	12 50
Erbsen	Kilog.	18 —	17 60	17 —	16 —	15 50	14 90

Kartoffeln, per 50 Klgr. 2,00—2,50—3,00 M., per 100 Klgr. 4,00—5,00—6,00 M., per 2 Liter 0,08—0,10--0,12 M., — Heu, per 50 Klgr. 3,60—3,80 M. — Stroh, per Schock à 600 Klgr. 32—33 M.

Berlin, 21. April. Die heutige Börse eröffnete auf Grund der günstigen Notirungen der auswärtigen Plätze in recht fester Haltung und wenn auch der allgemeine Kursstand keine besonders nennenswerthen Erhöhungen anfänglich aufzuweisen hatte, so sprach sich doch nach allen Richtungen und auf jedem Gebiete eine günstigere Auffassung aus. Aus Wien lagen einige Nachrichten vor, die für die von dort abhängigen Werthe eine bessere Stimmung hervorzurufen geeignet waren. In erster Linie der Bewegung standen Franzosen, denen auf günstige Witterungs- und Saatenstandsberichte aus Ungarn wieder die Aufmerksamkeit der Spekulation sich zuwandte. Auch Lombarden erfreuten sich wieder einiger Vorliebe. Galizier wurden gleichfalls von guten Käufern begehrt. Selbst für Elbethalbahn und Nordwestbahn-Aktien schien die Mißstimmung, welche die unzureichende Dividende für 1881 an den vorangegangenen Tagen hervorgerufen hatte, geschwunden zu sein. Es lag die Meldung vor, daß die Elbethalbahn 30,000 Stück junger Aktien ausgeben werde und man setzt voraus, daß den älteren Aktionären ein günstiges Bezugsrecht eingeräumt werden würde. Einheimische Bahnaktien blieben eher vernachlässigt, indessen waren doch einige Devisen, wie Rechte Oderufer, Oberschlesische, Mainzer und Marienburger in regeren Verkehr. Von Prioritäts-Stamm-Aktien zeichneten sich noch Angermünde-Schwedter wiederum durch rege Nachfrage aus, Bank-Aktien und Industrie-Papiere wurden bei durchaus fester Stimmung nur in geringeren Summen umgesetzt, auch selbst in Montan-Werthen, die sich im allgemeinen einer recht günstigen Meinung erfreuen, blieb der Umsatz unbedeutend. Für auswärtige Staatsanleihen zeigte sich vermehrte Nachfrage, namentlich waren österreichisch-ungarische Renten begehrt und steigend, auch einzelne russische Anleihen haben Kurserhöhungen erfahren, obgleich das Geschäft in diesen Papieren sehr eng begrenzt blieb. Anlage-Effekten wurden wenig in den Verkehr gezogen. Per Ultimo notiren: Franzosen 567,50—569,50—568—570,50—568,50, Lombarden 251—249,50, Kreditaktien 583, 50—585, 50—583, 50—584,50—583,50, Wiener Bank-Verein 205,00, Darmstädter Bank 163, 25—163, 60, Diskonto-Kommandit-Antheile 212, 75—212, 00—212, 50—211, 25—211,50, Deutsche Bank 156,60—156,30—156,50, Dortmunder Union 92,80—93, Laurahütte 112, 50—112, 25. Der Schluß war etwas schwächer. — Privatdiskont 3⅜ Prozent

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 21. April 1882.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Cons. Anl.	4½	104 90 bz
do. neue 1876	4	101,60 B
Staats-Anleihe	4	100,80 bz
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,70 bz
do. do.	3½	95,70 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	108,25 B
do.	4½	104,70 B
Landsch. Central	4	101,25 bzG
Kur- u. Neumärk.	3½	95,00 bz
do. neue	3½	91,25 bz
do.	3	101,00 bz
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	91,40 bz
do.	4	100,50 bzB
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	91,00 G
do.	4	100,60 G
do. I. B.	4	100,40 B
do. II. Serie	4½	103,60 bz
Neuldsch. II. Serie	4	100,30 bz
do. do.	4½	103,60 G
Posensche, neue	4	100,30 G
Sächsische	4	
Pommersche	3½	91,10 bz
do.	4	100,50 bzG
do.	4½	102,25 B
Schlesische altl.	3½	
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,50 G
Pommersche	4	100,50 G
Posensche	4	100,70 bz
Preußische	4	100,60 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	100,70 B
Sächsische	4	100 80 bz
Schlesische	4	100,90 B
20-Frankstücke		16,22.5 bz
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperials		
do. 500 Gr.		
Engl. Banknoten		20,45 bz
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,05 bz
Oesterr. Banknot.		170,20 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		206,65 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	101,25 bzG
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,40 bz
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	310,00 bzG
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	132,60 G
do. 35 fl. Oblig.	—	212,50 G
Bair. Präm.-Anl.	4	134,30 bzB
Braunsch. 20 thl.-L.	—	99,30 B
Brem. Anl. v. 1874	4	101,00 B
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	128,00 bz
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	126,75 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	120,50 B
do. II Abth.	5	118,00 bzB
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	187,25 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	
Mecklb. Eisenbhanl.	3½	94,75 bz
Meininger Loose	—	27,40 B
do. Pr.-Pfdbr.	4	118,80 bz
Oldenburger Loose	3	144,50 bz
D.-G.-C.-B.-Pf. 110	5	109,10 G
do. do.	4	96,40 bzG
Dtsch. Hypoth. unk.	5	103,75 B
do. do.	4½	101,90 G
Mein. Hyp.-Pf.	4½	101,00 G
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,00 G
Pomm. Hyp.-Pfdbr.		
Pomm. H.-B. I. 120	5	105,25 bz
do. II. IV. 110	5	102,60 G
Pomm. III. rkz. 100	5	100,20 bz
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.		
do. do. 110	5	112,50 G
do. do. 110	4½	108,50 bz
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	104,50 G
do. do. rückz. 100	4½	103,00 G
do (1872 u. 74)	4	99,20 bz
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	103,25 bz
do. II. rckz. 100	5	100,00 G
Schles. Bod.-Cred.	5	102,50 B
do. do.	4½	106,10 bz
Stettiner Nat. Hyp.	5	100,60 G
do. do.	4½	102,50 bzG
Kruppsche Obligat.	5	110,75 G

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	
Oesterr. Goldrente	4	80,20 bzG
do. Pap.-Rente	4½	64,80 G
do. Silber-Rente	4½	65,90 bz
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	340,00 bz
do. Lott.-A. v. 1860	5	122,10 B
do. do. v. 1864	—	329,00 B
Ungar. Goldrente	6	101,90 bzG
do. St.-Eisb.Akt.	5	95,50 bzB
do. Loose	—	227,00 bzG
Italienische Rente	5	90,90 bz
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	50,00 G
Russ. Centr.-Bod.	5	72,90 bz
do. Boden-Credit	5	82,00 bz
do Engl. A. 1822	5	84,25 bz
do. do. A. v. 1862	5	85,00 bz
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	86,10 bz
do. do. 1872	5	86,10 bz
do. do. 1875	4½	77,25 bz
do. do. 1877	5	89,50 B
do. do. 1880	4	71,40 bzG
do. Pr.-A. v. 1864	5	141,50 bz
do. do. v. 1866	5	137,60 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	58,90 G
do. 6. do. do.	5	82,20 bzG
do. Pol. Sch.-Obl.	4	83,20 B
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	63,90 bz
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	55,10 bzB
Türk. Anl. v. 1865	—	13,50 bzB
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 100 fl. 2 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	170,10 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	169,35 bz
Petersb. 100 R. 8 W.	205,75 bz
do. 100 R. 3 M.	204,60 bz
Warschau 100 R 8 T.	206,30 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 5, Bremen —, Brüssel 4, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 3½, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	117,00 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf	4	
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	72,75 G
Berl. Handels-Ges.	4	111,00 bzG
do. Kassen-Verein.	4	201,00 G
Breslauer Disk.-Bk.	4	90,50 G
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	85,90 bz
Cöln. Wechslerbank	4	95,40 bz
Danziger Privatb.	4	110,25 G
Darmstädter Bank	4	163,10 bz
do. Zettelbank	4	108,30 G
Dessauer Creditb.	4	102,25 B
do. Landesbank	4	120,00 bzG
Deutsche Bank	4	156,50 bz
do. Genossensch.	4	130,25 G
do. Hyp.-Bank.	4	88,00 B
do. Reichsbank.	4½	149,00 bzB
Disconto-Comm.	4	211,50 bz
Geraer Bank	4	97 10 bzG
do. Handelsb.	4	91,75 G
Gothaer Privatbk.	4	122,75 bz
do. Grundkredb.	4	88,50 G
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	94,00 B
Leipziger Creditb.	4	158,50 G
do. Discontob.	4	113,90 bz
Magdeb. Privatb.	4	116,00 bz
Mecklb. Bodencred.	4	
do. Hypoth.-B.	fr.	94,00 B
Meining. Creditbk.	4	93,40 bz
do. Hypothekenbk.	4	92,10 bz
Niederlausitzer Bank	4	92,50 bzB
Norddeutsche Bank	4	170,60 bzG
Nordd. Grundkredit	4	47,00 bzG
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	98,00 G
Posen. Landwirthsch	4	75,00 G
Posener Prov.-Bank	4	120,50 bzG
Posener Spritaktien	4	62,25 bzG
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	112,00 bzG
do. Centralbdn.	4	121,00 G
do. Hyp.-Spielh.	4	82,50 bz
Produkt.-Handelsbk	4	75,50 B
Sächsische Bank	4	123,00 bzG
Schaaffhaus. Bankv.	4	87,00 G
Schles. Bankverein	4	109,60 G
Südd. Bodenkredit	4	130,60 G

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Baugef.	4	60,00 G
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	57,75 bzG
Dortmunder Union	4	12,50 B
Egells Masch.-Akt.	4	12,40 bzG
Erdmannsd. Spinn.	4	32,00 B
Floraf. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	81,00 bzG
Gelsenkirch.-Bergw.	4	125,75 bzG
Georg-Marienhütte	4	87,00 bzB
Hibernia u. Shamr.	4	82,00 bzG
Immobilien (Berl.)	4	82,25 G
Kramsta, Leinen-F.	4	94,25 B
Lauchhammer	4	26,75 bzG
Laurahütte	4	112,25 G
Luise Tiefb.-Bergw.	4	35,90 B
Magdeburg. Bergw.	4	111,25 G
Marienhüt. Bergw.	4	47,00 B
Menden u. Schw. B.	4	62,50 bz
Oberschl. Eis.-Bed		46,50 G
Oelheim. Petrol.-A.	4	89,25 bzG
Phönix B.-A. Lit. A	4	83,00 bzG
Phönix B.-A. Lit. B.	4	33,40 B
Redenhütte conf.	4	91,10 G
Rhein.-Nass. Bergw.	4	68,75 B
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	21,00 G
Unter den Linden	4	12,25 bz
Wöhlert Maschinen	4	17,00 bzG

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	51,40 bz
Altona-Kiel	4	207,60 bzG
Bergisch-Märkische	4	125,70 bz
Berlin-Anhalt	4	151,10 bz
Berlin-Dresden	4	16,50 bz
Berlin-Görlitz	4	36,10 G
Berlin-Hamburg	4	338,50 bz
Bresl.-Schw.-Frbg	4	97,40 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	19,50 G
Märkisch-Posener	4	37,80 bzG
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	29,50 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	245,60 bz
do. Lit. B.	3½	188,00 bz
Ostpreuß. Südbahn	4	65,25 bz
Rechte Oderuferb.	4	174,10 bz
Rhein-Nahebahn	4	19,00 bz
Stargard-Posen	4½	102 90 G
Thüringische	4	215,40 bz
do. Lit. B. v. St. gar.	4	101,80 bz
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	113,90 bzG
Ludwigsh.-Berbach	4	203,60 G
Mainz-Ludwigsh.	4	101,30 bz
Weimar-Geraer	4½	49,75 bz
Albrechtsbahn	5	36 25 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	142,50 bz
Aussig-Teplitz	4	261,10 bzG
Böhm. Westbahn	5	131,40 bzG
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	140,50 bzG
Elisabeth-Westbahn	5	90 25 bz
Kais. Franz Joseph	5	82,25 G
Gal. (Karl Ludwig.)	5	133,10 bz
Gotthard-Bahn 90%	6	
Kaschau-Oderberg	4	61,75 bzG
Lüttich-Limburg	4	12,50 bz
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	358,00 bz
do. Litt. B. Elb.	4	
Reichenb.-Pardubitz	4½	65,50 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	71,40 bz
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	61,00 bz
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	130,50 bz
do. Südwestbahn	5	61,10 bz
Schweizer Unionb.	4	44,50 bz
Schweizer Westbahn	4	30,40 G
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	137,00 bzG
Warschau-Wien	4	225,10 bzG

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	42 50 bzG
Berlin-Görlitzer	5	100,50 bzG
Halle-Sorau-Gub.	5	80 00 bzB
Märkisch-Posen	5	119,75 bz
Marienb.-Mlawka	5	108,00 bzB
Münster-Enschede	5	23,00 bz
Nordhausen-Erfurt	5	99,50 bzG
Oberlausitzer	5	56,50 bzG
Oels-Gnesen	5	53,25 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	99,75 bzG
Posen-Creuzburg	5	73,00 bzG
Rechte Oderuf. Bahn	5	172,00 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn	5	72,00 bz
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	79,50 bzG
Weimar-Geraer	5	37,75 bzG

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magb.	4	
Berlin-Stettin	4½	118,25 bz
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	88,75 G
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	88 75 G
do. B. unabg.	3½	88,90 G
do. C. do. abg.	5	126.90 bzG
Münster-Hamm	4	100,00 G
Niederschl.-Märk.	4	100,70 B
Rhein. St.A. abg.	6½	163 00 bzB
do. neue 4proc.	5	161,50 bz
do. Lit. B. gar.	4	100,80 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	4½	
do. III. v. St. g.	3½	93,60 bzG
do. do. Litt. B.	3½	93,60 bzG
do. do. Litt. C.	3½	93,50 B
do. IV.	4½	
do. V.	4½	103,25 bzG
do VI.	4½	104,50 bzG
do. VII.	4½	103,00 G
Aachen-Düsseldf. I	4	
do. do. II	4	
do. do. III	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr	4	
do. do. II	4½	
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II.	4½	
do. Nordb. Fr. W.	4½	103,00 B
do. Ruhr.-K.-G. I.	4½	
do. do. II	4½	
do. do. III	4	
Berlin-Anhalt A.	4½	102,75 bzG
do. B.	4½	102,75 bzG
do. Litt. C.	4½	103,00 bz
Berlin-Görlitz	4½	102,90 bz
do. do. Litt. B.	4½	102,90 bz
Berlin-Hamburg I.	4	
do. do. II.	4	
do. do. III	4½	103,10 G
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	
do. do. C.	4	100,40 bzG
do. do. D.	4½	103,50 G
do. do. E.	4½	
Berlin-Stettin I	4	
do. do. II	4	100,75 G
do. do. III	4	100,75 G
do. IV. v. St. g.	4	100,75 G
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	103,00 B
do. do. Litt. H	4½	102,90 G
do. do. Litt. I	4½	102,90 G
do. do. 1876	5	105,80 bz
Cöln-Minden IV.	4	100,60 B
do. do. V.	4	
do. do. VI.	4½	104.25 bzB
Halle-Sorau-Guben	4½	103,70 B
do. do. C.	4½	103,70 B
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	
Mainz-Ludwigsh.	4½	103,10 bz
do. do.	5	106,00 bz
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	
do. do. de 1873	4½	
do. Leipz. A.	4½	104,00 B
do. do. B.	4	100,60 B
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	
Niederschl.-Märk. I.	4	100,50 bzG
do. II. a 62½ thlr.	4	
do. Obl. I. u. II.	4	100,70 B
do. do. III conv.	4	100,50 G
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	100,30 G
do. D.	4	100,30 G
do. E.	3½	93,75 B
do. F.	4½	103,80 G
do. G.	4½	103,80 G
do. H.	4½	103,90 B
Oberschles. v. 1873	4	
do. v. 1874	4½	103,80 G
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Oels-Gnesen	4½	102,60 G
Ostpreuß. Südbahn	4½	
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Posen-Creuzburg	5	104,10 bz
Rechte-Oder-Ufer	4½	103,50 G
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	103,00 B
do. v. 1862, 64	4½	103,00 B
do. v. 1865	4½	103,00 B
do. 1869, 71, 73	4½	103,00 G
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	103,30 G
do. II. do.	4½	103,30 G
Schleswiger	4½	102 75 B
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III.	4	
do. IV.	4½	
do. V.	4½	103,25 B
do. VI.	4½	103,25 B

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	86,50 bzG
Gal. Karl-Ludwigb.	4½	85,80 bzB
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
do. do. IV.	5	
Lemberg-Czernow. I	5	78,80 G
do. II.	5	84 40 bzG
do. III.	5	81,10 bzG
do. IV.	5	80,70 B
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	50,40 bzG
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	384,75 bzB
do. Ergänzsb.	3	362,00 bzB
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	105,40 G
do. II. Em.	5	105,40 G
Oesterr. Nordwest.	5	87.40 bz
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	87,30 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	82 50 bzG
Kronpr. Rud.-Bahn	5	84,90 G
do. do. 1869	5	84,70 G
do. do. 1872	5	84,70 B
Raab-Graz Pr.-A.	4	93,20 bz
Reichenb.-Pardubitz	5	84,50 G
Südösterr. (Lomb.)	3	282,50 bz
do. do. neue	3	282,25 bz
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	100,30 G
Brest-Grajewo	5	87,70 bz
Charkow-Asow g.	5	93,80 bzB
do. in Lstr. a 20	5	
Chark.-Krementsch.	5	91,90 B
Jelez-Orel, gar.	5	92,25 G
Koslow-Woron. gar	5	95,90 bz
Koslow-Woron. Ob.	5	81 90 bz
Kursk-Chark. gar.	5	92,80 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	82,00 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	98,30 bz
Losowo-Sewast.	5	78,75 G
Mosko-Rjäsan, g.	5	101,70 bz
Mosk.-Smolensk, g.	5	94 10 bz
Schuja-Iwanow.	5	92,80 B
Warsch.-Teresp., g.	5	94,75 bz
do. kleine, g.	5	95,10 B
Warschau-Wien II.	5	102,90 G
do. III.	5	102,90 bz
do. IV.	5	102,90 B
Zarskoe-Selo	5	60,25 bzG

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.